

ROSENGARTEN RUNDSCHAU

FRÜHJAHR 2023

SPD



Liebe Bewohnerinnen und Bewohner Rosengartens,

es tut sich einiges in der Gemeinde: Ob in den Bereichen Sport und Freizeit, Wohnen im Alter oder Bildungsmöglichkeiten für unsere Kinder, auf den folgenden Seiten möchten wir Sie und Euch über aktuelle Entwicklungen auf kommunaler Ebene informieren. Und auch unsere Bundestagsabgeordnete Svenja Stadler kommt zu Wort. Wie immer gilt: Wir freuen uns über Fragen und Anregungen und stehen für Austausch und weitere Informationen gern zur Verfügung (www.spd-rosengarten.de).

GUTE NACHRICHTEN FÜR ALLE SPORTBEGEISTERTEN!

Aufgrund eines Antrags der Gruppe SPD/Grüne/UWR hat der Ausschuss für Jugend, Soziales und Sport sich mit der finanziellen und materiellen Lage der Sportvereine in Rosengarten beschäftigt. Dabei wurde überraschend deutlich, dass die Sportfördermittel seit 13 Jahren nicht mehr angepasst worden waren. In mehreren Sitzungen mit Vertretern der sechs Mehrspartenvereine in Rosengarten ergab sich, dass die jährlichen Zuschüsse für Erwachsene von drei auf vier Euro und für Kinder und Jugendliche von zwölf auf sechzehn Euro angepasst werden müssen. Dies soll allen Sportvereinen Rosengartens zugutekommen.

Eine Neuerung wird es bei den Betriebs- und Unterhaltungskosten der Vereinsanlagen der Rasensportvereine geben. Je Quadratmeter Rasenfläche soll ein Betrag von ca. 0,15 Euro gezahlt werden. Die bisherige Investitionsförderung von maximal 20% der Kosten ab einer Investition von 6000,- Euro bleibt erhalten.

In den Gesprächen wurde deutlich, dass die Vereine statt Konkurrenz

zueinander weitere Wege zur Zusammenarbeit entwickeln wollen. Ziel ist die gegenseitige Unterstützung, wie sie ja bereits in Teilen praktiziert wird. Hierfür werden die Vereine in naher Zukunft, unterstützt durch den Landessportbund, zusätzliche Ideen entwickeln. Von besonderer Bedeutung ist aber weiterhin die Frage, ob es gelingt, einen gemeinsamen Platz hoher Qualität für den Ballsport einzurichten, etwa einen Kunstrasenplatz, der es ermöglicht, auch in der Übergangszeit „rasenschonend“ Ballsport zu betreiben. Hieran wollen die Vereine weiterarbeiten. Der Ausschuss wird dies unterstützen und gegebenenfalls Mittel für die nötigen Baumaßnahmen in der Ratsversammlung beantragen.



**Dr. Hans-Joachim
Jungblut
Vorsitzender
Ausschuss für
Jugend, Soziales,
Sport**

EINE STARKE INFRASTRUKTUR IST DAS A UND O

Wie viele andere Industrienationen befindet sich auch Deutschland inmitten von weitreichenden Transformationen – wirtschaftlich wie gesellschaftlich. Damit wir uns auch künftig am Markt behaupten und den Ruf eines starken Deutschlands aufrechterhalten können, bedarf es einer umfassenden Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft unter der Berücksichtigung des Umbaus zur Klimaneutralität.

Eine starke Infrastruktur ist das A und O für diesen Umwandlungsprozess, dem wir im Regierungshandeln eine mehr als zentrale Rolle werden zukommen lassen. Die Qualität der Infrastruktur beeinflusst maßgeblich die Zufriedenheit der Menschen und damit den Zusammenhalt der Gesellschaft. Sie ist unabdingbar für eine funktionierende Demokratie. Neben den Verkehrswegen, Stromnetzen, Gas- und Wärmeleitungen, Wasser- und Abwasserwegen, Glasfaser und Mobilfunknetzen zählen für uns zur öffentlichen Infrastruktur auch das Bildungssystem (von der Kita bis zum Beruf), öffentliche Verwaltungen, die Gesundheitsversorgung und wohnortnahe Unterstützungsangebote für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen.



gen. Nicht zu vergessen die „sozialen Orte“ der Freizeitgestaltung und der sogenannten Daseinsvorsorge wie zum Beispiel Schwimmbäder und Büchereien. Eine flächendeckend gute Qualität der Infrastruktur und der Zugang dazu sind entscheidende Faktoren dafür, ob Menschen und Unternehmen die vor uns liegenden Veränderungen gut und erfolgreich meistern können – und wollen.

International stand Deutschlands Infrastruktur immer sehr gut dar, galt als Standortvorteil. Das muss auch in Zukunft (wieder) so sein. Dazu kann eine stärkere staatliche Beteiligung und Kontrolle bei der Netzinfrastruktur nötig sein, denn der flächendeckende Netzausbau liegt oft nicht im betriebswirtschaftlichen Interesse der privaten Betreiber. Wir setzen weiter verstärkt auf erneuerbare Energien und die Forcierung der Wasserstofftechnologie. Dazu bedarf es eines staatlichen Rahmens zum Aufbau von Pipelines, Speicherkapazitäten und Kraftwerken. Nicht zuletzt wollen wir pünktliche und verlässliche Züge, einen bezahlbaren und gut ausgebauten ÖPNV sowie die Grundlagen für sorgenfreie E-Auto-Fahrten innerhalb Deutschlands. Endlich müssen zudem umständliche und zeitintensive Behördengänge mehr und mehr durch digitale Verwaltungen abgelöst werden. Sich für Behördenleistungen zu bestimmten Zeitfenstern in Warteschlangen zu stellen, ist alles



Fotos: Büro Stadler

andere als zeitgemäß. Die digitale Umsetzung aller wichtigen staatlichen Verwaltungsleistungen und -verfahren bei Bund, Ländern und Kommunen schafft Effizienz und steigert die Attraktivität des öffentlichen Dienstes. Darüber hinaus sollen Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt, entbürokratisiert und digitalisiert werden.

Mit dem „Startchancen-Programm“, einem der wichtigsten bildungspolitischen Vorhaben dieser Wahlperiode, werden wir vor allem die Grundschulen stärken. Kinder, die die Grundschule verlassen, müssen lesen, schreiben und rechnen können. Und um die Fachkräftebasis zu sichern, braucht es gute Bildung, einen aktivierenden Arbeitsmarkt, ein modernes Einwanderungsrecht und eine verlässliche Betreuungsinfrastruktur.

Es geht alles in allem um nicht mehr und nicht weniger als den notwendigen Wandel von Berufs- und Lebenswelt neu zu gestalten. Es geht darum, Klimaschutz, gute Arbeit, Geschlechtergerechtigkeit, moderne Industriepolitik, Digitalisierung, einen vorsorgenden Sozialstaat und ein freiheitliches selbstbestimmtes Leben möglich zu machen.

Svenja Stadler, MdB

ÄLTER WERDEN IN ROSENGARTEN

Aus zahlreichen Gesprächen an unseren Wahlständen wissen wir, dass die Frage „Wie und wo werde ich im Alter wohnen und leben?“ viele Mitbürgerinnen und Mitbürger unserer Gemeinde bewegt. Im letzten Jahr präsentierten sich zwei Unternehmen der Gemeindeverwaltung und dem Gemeinderat, die sich für den Bau einer Senioreneinrichtung in unserer Gemeinde interessierten. Die SPD beschäftigt sich schon länger mit dieser Frage und stellte unter anderem im Januar 2022 durch die Gruppe SPD/GRÜNE/UWR einen Antrag an den Bürgermeister, ein angemessenes

„Konzept der Versorgung mit altersgerechtem Wohnen in Rosengarten“ auf den Weg zu bringen. Der Ausschuss für Jugend/Soziales/Sport hat sich inzwischen mit den Ergebnissen einer von der Gemeinde durchgeführten, differenzierten Befragung von Bürgerinnen und Bürgern Rosengartens im Alter von 67 bis 85 Jahren beschäftigt und eine Arbeitsgruppe auf den Weg gebracht, die sich mit der Konzeptentwicklung von Wohneinrichtungen für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürgern befassen wird. Das Thema ist also auf einem guten Weg! Gern möchten wir dazu auch Ihren

und Euren Ideen im Ausschuss Gehör verschaffen. Über unsere Website www.spd-rosengartende.de sind wir jederzeit erreichbar und geben gerne weiter Auskunft.



Dr. Hans-Joachim Jungblut
Vorsitzender
Ausschuss für
Jugend, Soziales,
Sport

FACHKRÄFTEMANGEL IN UNSEREN KINDERTAGESSTÄTTEN

Erfreulicherweise wurde das Angebot an Betreuungsplätzen für die Kinder im Kindergartenalter auch in der Gemeinde Rosengarten in den letzten Jahren erheblich ausgebaut. Das betrifft sowohl das Angebot an Plätzen – besonders im Ganztagsbereich – für 3- bis 6-jährige Kinder wie auch im Krippenbereich. Darüber hinaus ist eine neue Kindertagesstätte für den Bereich Sieversen-Leversen in der Planung und Umsetzung.

Aber leider macht sich auch bei uns in Rosengarten der akute Fachkräftemangel bemerkbar, und es können aktuell nicht alle Ganztagsangebote umgesetzt werden. Das bedeutet nicht nur für die betroffenen Eltern einen täglichen Kraftakt. Auch die politischen Fraktionen im Gemeinderat suchen nach kurzfristigen Lösungen.

Dazu ist wichtig, dass die Erzieherinnen und Erzieher in den KiTas bei den jeweiligen Trägern angestellt sind, die Gemeinde selbst beschäftigt kein eigenes Personal für die Kinderbetreu-

ung. Die Träger sind es auch, die für genügend Personal sorgen müssen. Und sie würden auch Personal einstellen, können aber aus Mangel an Bewerbern die offenen Stellen nicht besetzen.

Eine langfristige Lösung wäre eine Erhöhung der Ausbildungsplätze in diesem Bereich. Unserer Meinung nach bedarf es aber auch einer kurzfristigen Änderung des Ausbildungssystem. Der Berufsweg muss für potentielle Bewerberinnen und Bewerber attraktiver gemacht werden. Warum gibt es in der Erzieher*innen-Ausbildung nicht auch das duale Ausbildungssystem, das sich in so vielen Berufszweigen bewährt hat? Eine Ausbildung ohne „Lehrlingsgehalt“ ist für viele junge Menschen einfach nicht erstrebenswert und oft nicht zu leisten. Ebenso müssen wir fragen: Müssen zukünftige Fachkräfte unbedingt ein pädagogisches Studium absolvieren? Sind unsere Ansprüche oder die Ansprüche vieler Eltern eventuell zu hoch?

Für uns als SPD ist kurzfristig nur eine gemeinsame Lösung erstrebenswert: Wir favorisieren einen gemeindlichen Vertreterpool für Erzieherinnen und Erzieher, der von allen Trägern gemeinsam finanziell ausgestattet wird. Allerdings höre ich schon wieder die Bedenkenträger, die vor allem hohe bürokratische Hürden voraussehen. Wir halten dagegen und fragen: Wie wäre es mit mehr Flexibilität in diesem wichtigen Bereich? Dieses wichtige Thema möchten wir gern intensiv mit allen Betroffenen und Interessierten diskutieren und freuen uns dazu über Anregungen und Meinungen unser Leserinnen und Leser über die auf der nächsten Seite genannten Kommunikationskanäle.



Regina Lutz
Mitglied im
Ausschuss
Kinderbetreuung,
Schule, Bildung
und Kultur

HAUSÄRZTLICHER VERSORGUNGSNOTSTAND IM LANDKREIS HARBURG



V.l.n.r.: Klaus-W. Kienert, Angelika Tumuschat-Bruhn, Dr. Manfred Lohr

Bereits im Jahr 2012 wies ich im Fachausschuss des Landkreises darauf hin, dass sich die ärztliche Versorgung im Landkreis Harburg aufgrund der Alterspyramide der noch praktizierenden Hausärztinnen und Hausärzte in naher Zukunft deutlich verschlechtern würde.

Und dieser Zustand ist leider eingetroffen: Viele Praxen wurden oder werden schon bald aus Altersgründen geschlossen und ein Ausgleich durch Praxisübernahmen oder Neueröffnungen ist nicht zu erwarten. Wir als SPD sind nicht der Meinung vieler anderer Parteien, dass die Lösung dieses Problems einzig eine Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung ist. Wir sagen, eine zufriedenstellende gesundheitliche Versorgung ist ein Element der allgemeinen Daseinsvorsorge und somit auch Aufgabe der öffentlichen Hand.

Aus diesem Grund stellte ich bereits 2019 im Kreistag den Antrag, ein kom-

munales medizinisches Versorgungszentrum zu bilden, das mit Hilfe von Angestellten- und Teilzeitarbeitsverhältnissen den Forderungen zukünftiger junger Ärztinnen und Ärzte nach einer gesunden Work-Life-Balance entgegenkommt.

Dem SPD-Antrag für das Pilotprojekt wurde leider nicht stattgegeben. Vielmehr wurde eine finanzielle Förderung für diejenigen beschlossen, die sich im Rahmen des bereits bestehenden „Stadtlandpraxis“-Projekt im Landkreis Harburg niederlassen wollen. Allerdings wurde unserem Antrag zugestimmt, eine Informationsveranstaltung durchzuführen, die über die Erfahrungen mit regionalen und kommunalen Versorgungszentren aufklärt. Dieser und weitere Anträge der SPD zu Beginn dieses Jahres haben mit dafür gesorgt, dass ein entsprechendes Projekt „Gesundheitsregion“ jetzt auch im Landkreis vorbereitet wird.

Hintergrund ist die Erwartung, dass durch eine Verbesserung der Kooperation aller Sektoren – Prophylaxe, ärztliche Versorgung, Krankenhauswesen und Pflege – eine Stärkung des gesamten Gesundheitswesens erreicht wird. Einzig ein so hochrangig mit Fachleuten besetztes Gremium unter der Führung der Verwaltungsspitze des Landkreises hätte meines Erachtens die Chance, das Gesundheitswesen in unserem Landkreis nachhaltig zu verbessern. Ich habe die Hoffnung, dass ein solch wichtiger Schritt für die allgemeine Daseinsvorsorge kurzfristig eine politische Mehrheit findet.

Immerhin sind seit einiger Zeit auch Versuche der Landesregierung wahrzunehmen, dem Ärztemangel in Niedersachsen entgegen zu wirken. So wurde eine Landarztquote eingeführt, die besagt, dass jährlich 60 Studienplätze für Bewerber/innen zur Verfügung gestellt werden, die sich verpflichten, nach der Ausbildung in Niedersachsen als Hausarzt oder Ärztin tätig zu werden. Auch die verpflichtende Notfallsprechstunde in den Praxen soll das Termin-Chaos und die überforderten Krankenhaus-Ambulanzen entlasten.



Klaus-W. Kienert
Gesundheitspolitischer Sprecher
der SPD-Fraktion
im Landkreis
Harburg

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Ortsverein Rosengarten, Alter Schulgarten 4, 21224 Rosengarten, info@spd-rosengarten.de | Redaktion: Dr. Hans-Joachim Jungblut (V.i.S.d.P.), Klaus-Wilfried Kienert, Regina Lutz, Jan Meyer, Svenja Stadler, Britta Weimann | Fotos: Gunda Kirstein, Jutta Schwolow, Svenja Stadler | Layout: Dahmer & Dörner Druck & Daten GmbH, Billstraße 103, 20539 Hamburg | Druck: Wir machen Druck GmbH, Mühlbachstraße 7, 71522 Backnang | Auflage: 7.000 Exemplare

SPD